

„Nicht gut so, nicht schlecht so - sondern das ist so!“

Am 16. Februar war der designierte Spitzenkandidat der Berliner CDU für die Abgeordnetenhauswahl, Friedbert Pflüger, Gastredner auf dem Neujahrsempfang der LSU Berlin in der Hessischen Landesvertretung. Pflüger war der Einladung sofort und spontan gefolgt, „weil ich Ihre Arbeit in Berlin und in der CDU für wichtig halte“, so Pflüger zu den rund 300 Anwesenden. „Ich bin nicht schwul, sondern hetero“, betonte Pflüger, „ich lebe mit meiner Lebensgefährtin und unserem 18 Monate alten Sohn zusammen. Wir wollen heiraten! Und das, liebe Freunde, ist nicht gut so,

auch nicht schlecht so – sondern das ist so! Es darf für die Wahl eines Politikers nicht mehr ausschlaggebend sein, ob jemand schwul, lesbisch oder hetero ist. Entscheidend sollte doch sein, ob er oder sie etwas gegen die Arbeitslosigkeit unternimmt und sich für die Wirtschaft, die Schulen und Universitäten einsetzt. Pflüger wörtlich zu den sichtlich erfreuten Zuhörerinnen und Zuhörern: „Lassen Sie es mich in aller Deutlichkeit sagen: Ich stehe voll zu dem am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Überarbeitungen des Lebenspartnerschaftsrechts. Und ich bin – in Übereinstim-



Roland Heintze, Jan Kayser (Bundes- und Landesvorsitzende der LSU) und Friedbert Pflüger

mung mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – für weitere Schritte, um die rechtliche

Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften zu gewährleisten. Konkret mei-

ne ich Anpassungen im Steuerrecht, im Erbschaftssteuerrecht sowie im Beamtenrecht.“

Wählen mit 16 Jahren - eine gute Chance für junge Leute



Falko Liecke

Der Landesgeschäftsführer der Jungen Union Berlin, Falko Liecke zum Thema Wahlrecht mit 16:

Seit der Änderung der Verfassung von Berlin dürfen junge Menschen mit 16 Jahren an den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) teilnehmen. Damit haben sie erstmals eine große Chance, die politische Zusammensetzung der bezirklichen „Parlamente“ mitzubestimmen und damit auch



über die verschiedenen Politikkonzepte zu entscheiden. Die Junge Union freut sich über dieses Mitwirkungsrecht, denn so werden junge Leute

früher an politische Themen und politisches Engagement herangeführt. Die demokratischen Abläufe werden früher deutlich und fördern das Verständnis für unser Gemeinwesen – und das kommt auch der Jungen Union zu gute. Auch die Parteien müssen sich jungen Themen weiter öffnen und sich mit den Forderungen und Wünschen der neuen Wählerschaft mehr denn je beschäftigen. Für die CDU ist dies eine große Chance, denn sie bewegt viele Themen, die junge Leute angehen und interessieren. Dazu gehören beispielsweise

die Wertediskussion um den Religionsunterricht, die Stärkung der Schulen und das Angebot, Jugendeinrichtungen zu erhalten. Die Förderung von Leistungstärkeren ist dabei genauso wichtig wie die Förderung von schwächeren Schülern. Dieser Prozess führt zu mehr Mitbestimmung und Beteiligung und stärkt das Demokratieverständnis. In anderen Bundesländern besteht bereits in vielen kommunalen Bereichen das Wahlrecht. Doch darf die Beteiligung an den BVV-Wahlen nicht überbewertet werden. So

zeigt eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung, dass viele 16- und 17-Jährige sich für Politik nicht besonders interessieren, aber der Gesellschaftsordnung grundsätzlich positiv gegenüberstehen. In der Studie wurde den Parteien empfohlen, die Jugendlichen im Kommunalwahlkampf ernst zu nehmen und nicht zu versuchen, sie mit „jugendpolitischen Themen“ zu locken. Ein 19-jähriger Erstwähler interessiert sich für dieselben Themen wie ein 16-Jähriger: Arbeit und Ausbildung, Schule, Freizeit und Umwelt.

Berliner CDU diskutiert über Bildung und Integration



Gerhard Schmid

In 10 Jahren werden 52% aller Kinder und Jugendlichen in den Ballungszentren Deutschlands - so auch in weiten Teilen Berlins - aus Migrantenfamilien kommen und überwiegend im islamischen Glauben erzogen worden sein.

Dies wird gravierende Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft, und vor allem auch auf die Schulen, in Deutschland haben. Der Vorsitzende des Fachausschusses Schulpolitik der Berliner CDU,

Gerhard Schmid, warnte vor den Folgen dieser Entwicklung: „Wie sich schon jetzt in der aktuellen Diskussion zeigt, kann es zu Werteveränderungen mitten in Europa kommen, die die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und die Demokratie in Deutschland gefährden könnten, wenn die Integration in sprachlicher, kultureller und nationaler Hinsicht nicht gelingt.“ Es gebe leider gute Gründe anzunehmen, so Schmid, dass dies sehr schwierig sein dürfte, da deutsche und europäische Werte und Grundhaltungen und Anforderungen an die Einwandererfamilien von der

Politik, im Staat und in den Schulen nicht konsequent genug vertreten würden. In diesem Zusammenhang wies Schmid auf eine Veranstaltung im Berliner Abgeordnetenhaus hin, die einen Beitrag zu dieser wichtigen Debatte leisten soll - die gewalttätigen Auseinandersetzungen in Frankreich zeigten, dass nur eine sprachliche Integration ohne eine kulturelle und ohne ein Bekenntnis zu unseren Werten und zur Aufnahmegration keine Probleme löse. Diskussion „Abschied von Multikulti? Deutsche Großstädte zwischen Parallelgesellschaft und

Integration – und die Zukunft der Schule“, mit Dr. Stefan Luft, Moderation: Kathrin Schultze-Berndt Mda, Gerhard Schmid.

Mittwoch, 29. März 2006, Abgeordnetenhaus von Berlin, Preußischer Landtag, Raum 376, 10111 Berlin.



IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND VERLAG
verantwortlich für Inhalt und Bildrechte, sofern nicht gesondert ausgewiesen:
Berliner Presse- und Informationsdienste
Verlags- und Werbegesellschaft mbH (bpi),
Neue Grünstraße 26 • 10179 Berlin
Tel.: 030 - 20 64 16 - 0 • Fax: 030 - 20 64 16 - 66

CHEFREDAKTEUR
Dirk Reitze

REDAKTION
Stefan Sukale
Jan Luther
Alexander Göbel

BILDNACHWEIS
VON OBEN LINKS NACH UNTEN RECHTS
S.1: 2x Privat, 3x Reitze; S.2: Lüders; Sukale; 2x Privat; S.3: Reitze; Thiedemann, Privat; S.4: CDU, Reitze; S.5: Reitze; City P; S.6: 2x Lüders; 1x Privat, 2x Reitze; Istock; S.7: Marten, 2x Privat, S.8: Reitze

ANZEIGEN
Alexander Göbel
BANKVERBINDUNG
Deutsche Bank, Kto.: 107 117 400
BLZ 100 700 00

DRUCK
Druckerei Vettors, Radeburg

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.